



Sperrfrist: 17.11.2015, 11:30 Uhr

Faktenblatt

Zentrale Ergebnisse des WeltRisikoBericht 2015

WeltRisikoIndex 2015

- Vanuatu ist das Land mit dem höchsten Katastrophenrisiko (Indexwert: 36,72) unter den 171 im WeltRisikoIndex 2015 erfassten Ländern. Auf den Rängen 2 und 3 haben Tonga (Indexwert: 28,45) und die Philippinen (Indexwert: 27,98) im Vergleich zum Vorjahr die Positionen getauscht. Während Tonga einen Anstieg im Mangel der Anpassungskapazitäten verzeichnet, konnten die Philippinen den Mangel an Anpassungskapazitäten und die Anfälligkeit leicht senken.
- Die Hotspot-Regionen des Katastrophenrisikos befinden sich in Ozeanien, Südostasien, Zentralamerika und im südlichen Sahel (siehe Karte Seite 48/49).
- Unter den 15 Ländern mit dem höchsten Katastrophenrisiko sind sechs Inselstaaten vertreten. Auch die übrigen neun Länder liegen am Meer. Sie sind Naturgefahren wie Überschwemmungen, Wirbelstürmen und dem Anstieg des Meeresspiegels in besonderem Maße ausgesetzt.
- Für 15 der 28 Indikatoren des WeltRisikoIndex 2015 standen aktualisierte Daten zur Verfügung.

Schwerpunktthema: Ernährungssicherheit

- Der WeltRisikoBericht 2015 identifiziert sehr hohen Handlungsbedarf für eine bessere Ernährungssicherheit in den stark durch extreme Naturereignisse gefährdeten Ländern Bangladesch, Burundi, Guinea-Bissau, Haiti, Kambodscha, Kamerun, Madagaskar, Niger, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Timor-Leste und Tschad.
- Für weitere Ländergruppen wird hoher Handlungsbedarf bzw. Handlungsbedarf festgestellt und anhand von Indikatoren aufgezeigt (siehe Karte Seite 38/39).
- Ernährungsunsicherheit und Katastrophenrisiko verstärken sich gegenseitig. Nicht nur haben Katastrophen oft verheerende Folgen für die Ernährungssituation in einem Land, Ernährungsunsicherheit erhöht umgekehrt auch das Katastrophenrisiko.
- Menschen sind Naturgefahren beispielsweise stärker ausgesetzt, wenn die fehlende Ernährungssicherheit sie zur Migration zwingt. In den neuen Siedlungsgebieten bleiben ihnen dann oft nur die Flächen mit höherem Katastrophenrisiko, beispielsweise steile Berghänge oder Flussufer.
- Wer hungert, kann weder Vorräte für den Katastrophenfall anlegen noch langfristige Maßnahmen zur Anpassung an Katastrophenrisiken ergreifen. Umweltschutz und die Umstellung auf resiliente Anbaumethoden bleiben dann beispielsweise auf der Strecke.

- Weltweit hängt das Leben von 2,5 Milliarden Menschen unmittelbar von der Landwirtschaft ab. Wenn ihre Ernten, Viehbestände oder Transportwege von einem extremen Naturereignis zerstört werden, sind sie existenziell bedroht.
- Reine Nahrungsmittelhilfe verliert im Katastrophenfall zunehmend an Bedeutung, stattdessen werden die regionalen Märkte gestärkt: Den Betroffenen werden im Rahmen der internationalen Hilfsmaßnahmen immer häufiger Geld und Gutscheine für Einkäufe zur Verfügung gestellt. Auch wird der Einsatz beim Wiederaufbau entlohnt, dadurch werden Einkommensmöglichkeiten geschaffen und das lokale Handwerk gestärkt.

Handlungsempfehlungen und Perspektiven

- Investitionen in Ernährungssicherheit sollen so ausgestaltet sein, dass sie die Verwundbarkeit von Gesellschaften gegenüber Katastrophen senken. Umgekehrt gilt: Eine Verringerung des Katastrophenrisikos wirkt sich auch positiv auf die Ernährungssicherheit aus.
- Gemeinsame Ursachen von Ernährungsunsicherheit und extremen Naturereignissen lassen sich beispielsweise beseitigen, indem auf Kulturen verzichtet wird, die die Böden überbeanspruchen und Saatgut zum Einsatz kommt, das für die entsprechende Klimazone geeignet ist.
- Katastrophenschutz wird ohne einschneidende Maßnahmen zum Klimaschutz nicht ausreichen. Auf der Klimakonferenz COP21 in Paris Anfang Dezember 2015 müssen daher effektive Maßnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung dringend beschlossen werden. Alle Staaten sollten sich zum 2-Grad-Ziel bekennen und einen fairen Beitrag zu dessen Erreichung leisten.
- Die vom „World Humanitarian Summit“ in Istanbul im Mai 2016 zu verabschiedenden neuen Richtlinien für die Ausgestaltung der humanitären Hilfe sollten auch dem engen Zusammenhang von Ernährungssicherung und Katastrophenrisiko Rechnung tragen.
- Geberländer sowie Akteure der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit sollten langfristige Entwicklungsmaßnahmen, zum Beispiel Saatgut-Austauschsysteme und Fortbildung in resilienten Anbaumethoden, unterstützen und Nothilfe-Aktivitäten im Einklang mit diesen gestalten.
- Strategien zur Krisenprävention sollten immer Teil der Entwicklungspolitik von sein.
- Für die Senkung des Katastrophenrisikos im ländlichen Raum, in dem die überwiegende Mehrheit der Hungernden lebt, bedarf es der gezielten Stärkung der sozioökonomischen Strukturen, z.B. durch Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten zur Landwirtschaft, dem Schutz von Landrechten und dem Ausbau von Mikroversicherungen.
- Die nationalen Regierungen sollten Infrastruktur, Transportkapazitäten und Märkte im ländlichen Raum gezielt ausbauen und dafür bei Bedarf staatliche Förderung bereitstellen. Um ihre Bedarfe zu erkennen, müssen sie Monitoringstellen einrichten.
- In allen Maßnahmen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit und der Senkung des Katastrophenrisikos sollte die Partizipation von marginalisierten Bevölkerungsgruppen wie Kleinbauern und indigener Bevölkerung sichergestellt werden. Die große Rolle von Frauen für die Ernährungssicherung muss anerkannt werden. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern, Schwangeren sowie Menschen mit Behinderungen müssen konsequent berücksichtigt werden.

- Wirtschaft und Verbraucher in den Industrieländern sollten den Handel mit und den Kauf von landwirtschaftlichen Produkten, deren Erzeugung die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zerstört, ablehnen.